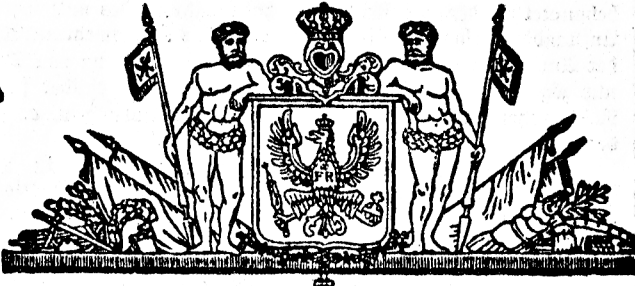


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Vorlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.-l.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Ultimatum an Budapest.

Schritte der kleinen Entente.

Wie wir zuverlässig erfahren, wird im Laufe des heutigen Tages eine Kollektivnote der Regierungen der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumäniens in Budapest überreicht werden, die verlangt, daß König Karl bis Donnerstag Abend spätestens das ungarische Gebiet verläßt. Für den Fall, daß diesem Verlangen nicht stattgegeben wird, kündigt die Note an, daß sofort mit energischen Maßnahmen vorgegangen wird. Nach dieser Richtung hin ist die vollkommene Absperzung Ungarns vom Verkehr und die Mobilisation vorbereitet. Die Tschechoslowakei hat vorläufig die Einberufung von zwei Jahrgängen in Aussicht genommen. Die Kollektivnote der kleinen Ententemächte verlangt ferner, daß Ungarn nunmehr Anstalten macht, die Bedingungen des Friedensvertrages von Trianon auszuführen, insbesondere das Burgenland an Deutsch-Oesterreich abzutreten. Endlich wird in der Note die ungarische Regierung darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die dynastische Frage in Ungarn endgültig zu regeln.

Militärische Maßnahmen der Tschechen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

fb Paris, 4. April.

„Petit Parisien“ hatte sich in einem Telegramm an den Minister des Auswärtigen der Tschechoslowakei, Dr. Benesch, mit der Bitte gewandt, ihm den Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung gegenüber dem Abenteuer des Ertönigs Karl darzulegen. In dem von dem Blatt heute veröffentlichten Antworttelegramm erklärt der tschechoslowakische Minister noch einmal mit aller Entschiedenheit, die tschechoslowakische Republik werde niemals die Rückkehr irgendeines Habsburgers erlauben. „Wir sind im Einverständnis mit Italien, Jugoslawien und Rumänien, daß wir unter Umständen in Ungarn intervenieren müssen, und haben angekündigt, daß die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden würden für den Fall, daß die Nationalversammlung in Budapest gegen die Beschlüsse der Völkerversammlung und gegen die Politik der kleinen Entente handeln sollte. Die tschechoslowakische Republik wird effektive Garantien gegen die Wiederkehr der jetzigen Ereignisse verlangen. Alle diejenigen, die an diesem Abenteuer irgendeinen Anteil gehabt haben, muß zu verstehen gegeben werden, daß solche verbrecherischen Versuche nicht ohne Sanktionen bleiben können. In dieser Hinsicht sind wir mit unseren Freunden der kleinen Entente einig. In der Slowakei sind alle notwendigen militärischen Maßnahmen bereits getroffen. Wenn bis zum nächsten Donnerstag das Abenteuer nicht endgültig zu Ende gegangen ist, werden die ersten von uns beschlossenen Maßnahmen zur Anwendung gelangen.“

Der „Kranke“ von Steinamanger.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 4. April.

Nachdem bereits alle Vorkehrungen für die Abreise getroffen waren, ein Sonderzug bereitgestellt war und die Ententeoffiziere, die den König begleiten sollten, nach Steinamanger gereist waren, ist plötzlich ein neues Hindernis aufgetaucht. Karl ist krank und angeblich bettlägerig. Er hat sich von seinem Arzt Dr. Stramm bescheinigen lassen, daß er an einer Angina leide und daß seine Temperatur 38,5 Grad betrage. Diese Krankheit ist erst zum Ausbruch gelangt, als die Verhandlungen zwischen Steinamanger und Budapest über ein geplantes Abschiedsmanifest des Ertönigs nicht den von Karl gewünschten Erfolg erzielt hatten. Dieses Manifest war von dem Grafen Andrássy aufgestellt worden. Als aber Ministerpräsident Teleki, der das Manifest gegenzeichnen sollte, um die Zustimmung des Reichsverwesers nachsuchte, weigerte sich dieser, eine solche Rundgebung veröffentlichten zu lassen.

Graf Andrássy hatte durch das Manifest verkünden lassen wollen, daß sich Karl nach wie vor als der allein berechnete Herrscher Ungarns betrachtete und daß er nur mit Rücksicht auf die Interessen des Landes und auf die äußere Lage Ungarns in die Abreise eingewilligt habe. Er tue es in der Hoffnung, wenn der geeignete Moment gekommen sein würde, die Führung seines geliebten Volkes wieder zu übernehmen.

Nach Horthy's Ablehnung wurde der Vorschlag gemacht, König Karl solle sein Manifest in die Form eines Briefes an den Reichsverweser Heiden, die Machtbefugnisse des Reichsverwesers auch weiterhin anerkennen, aber die Einschränkung machen, daß er im geeigneten Augenblick die Macht aus

den Händen Horthy's wieder übernehme. Auch diese Fassung erklärte der Reichsverweser ablehnen zu müssen, da er nach der neuen Verfassung keine Regierungsmacht aus den Händen des Nationalrats erhielt und sie demgemäß nur diesem zurückgeben könne. Diese Auffassung Horthy's ist auch die der Partei der kleinen Landwirte, steht aber in vollem Gegensatz zu der der Legitimisten.

Aus Budapest wird gemeldet, Ertönig Karl habe bei den Verhandlungen Horthy den Herzogstitel und das Großkreuz des Stephanordens angetragen, falls er ihn als rechtmäßigen Monarchen anerkennen wolle. Weiter wird berichtet, daß der Ertönig wegen seiner Geldnöte seine Einwilligung in die Abreise insbesondere auch von der Auszahlung der seit drei Jahren nicht bezahlten Zivilliste abhängig gemacht habe.

Abreise heute?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 4. April.

Ein Ententediplomat in Wien erklärte gestern, falls Karl bei seiner bisherigen Weigerung verbleiben sollte oder ihm durch ein Entweichen in irgendwelches Versteck im letzten Augenblick ein Aufschub der Abreise gelingen sollte, würde die Entente den Standpunkt einnehmen müssen, daß keine verantwortliche ungarische Regierung vorhanden sei und würde genötigt sein, die sofortigen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.

Die deutschösterreichische Regierung trat gestern abend 8 Uhr zu einer Beratung über die in Wien eingelaufenen Nachrichten bezüglich der Rückreise des Ertönigs Karl zusammen. Die ungarische Regierung hatte durch ihren Geschäftsträger am Sonntag wissen lassen, daß sie mit allen getroffenen Reisevorbereitungen einverstanden sei und daß der Abfahrt keinerlei Schwierigkeiten mehr im Wege ständen. Der Beratung wohnte auch der Wiener Polizeipräsident Schöber bei. Man nimmt an, daß die Abreise heute, Montag, erfolgen wird, wenn auch die Möglichkeit eines Aufschubes um 24 bis 48 Stunden besteht, falls der Ertönig entgegen der Erwartung der Budapest-Regierung noch Schwierigkeiten machen sollte. Bis gestern abend wollten die für die Begleitung des Ententezuges bestimmten sozialdemokratischen Abgeordneten noch in Wien.

fb Paris, 4. April.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ kündigt ein Sonntag nachmittag im Berner Bundeshaus eingegangenes Telegramm der Wiener schweizerischen Gesandtschaft an, daß die Ankunft des Ertönigs Karl in der Schweiz im Laufe des Montag erfolgen dürfte, doch steht noch nicht fest, ob sich sein Uebertritt in die Schweiz an der Grenzstation Buchs vollziehen wird, oder ob er seine Rückreise über Italien antritt. Bei seiner Ankunft an der schweizerischen Grenze wird der Ertönig durch einen Spezialgesandten des Bundesrats empfangen werden, der ihn nach einem vom Kaiser Karl frei zu wählenden Ort begleiten wird, jedoch unter der Bedingung, daß er ein kleines Dorf im Kanton Bern, von jeder größeren Stadt entfernt, wählt. Die Bundesbehörde wird dann vom Ertönig Karl Erklärungen darüber verlangen, unter welchen Bedingungen er die Schweiz verlassen hat.

Nach mir zugehenden zuverlässigen Mitteilungen sind alle technischen und materiellen Vorbereitungen für die Reise Karls beendet. Ein Sonderzug mit Salonwagen wird von Entente-Offizieren und einer Abteilung Entente-Soldaten begleitet werden, und auf deutsch-österreichischem Gebiet werden drei sozialistische Abgeordnete im Zuge mitfahren, der frühere Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch, der frühere Landeshauptmann Sever und Nationalrat Müller, um Zwischenfälle mit Eisenbahnern zu verhüten; auch ein Beamter des Außenministeriums sowie österreichische Gendarmen werden den Zug begleiten. Es sind verschiedene Reiserouten vorgesehen, und erst während der Fahrt wird jeweils bestimmt, auf welchen Gleisen der Zug der Schweizer Grenze nähergeführt werden soll. Selten hat eine Expedition größere internationale Schwierigkeiten verursacht, wie diese Rückbeförderung Karls.

Eine Prophezeiung Reuters.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

gh Paris, 4. April.

Das „Journal“ meldet aus London: Es scheint, daß der Versuch Karls IV., der sämtliche europäischen Staatskanzleien überlastet hat, seit längerer Zeit vorbereitet war. Man hat hier einen ziemlich originellen Beweis vorliegen. Heute ist das Blatt „North China Standard“ hier eingetroffen, das in Peking in englischer Sprache erscheint. In seiner Nummer vom 13. Februar d. J. veröffentlicht das Blatt folgendes Reuter-Telegramm:

„Genf, 6. Februar. Die Anhänger der Habsburger, die in St. Moritz versammelt sind, haben beschlossen, daß der Ertönig Karl sich zu Ostern nach Budapest begeben solle, da Ungarn einen König braucht.“

Es ist auffällig, daß dieses Telegramm fast genau das Datum des Restaurationsversuches angibt.

Nach dem Putsch.

Von

Julius Elbau.

Die Zentrale der kommunistischen Partei, die das Signal zu dem Beginn des bewaffneten Aufstandes gegeben und damit auch die Verantwortung für alle Folgen auf sich genommen hat, erklärt jetzt die kriegerische Aktion für beendet. In einem Aufruf vom 1. April, der das Datum: Berlin, den 1. April 1921, trägt, wird das Scheitern des frivolen Versuches, den Bürgerkrieg zu entfesseln, mit den Worten zugestanden:

„Die Ordnungsbestie triumphiert. Die Aufstandsbewegung ist niedergeschlagen. Hunderte Proletarier liegen ermordet auf dem Kampfplatz. Tausende bleiben vom Unternehmertum gemarginalisiert auf der Straße.“

In der Tat, die Niederlage ist vollständig. Die Leute, die auf Befehl einer fremden Macht das Glück der Waffen versucht haben, ohne die geringste Aussicht auf einen Erfolg, haben Gefahr gespielt mit dem Leben und der Zukunft der Hunderttausende, die sich ihrer Führung anvertraut hatten, und den Einsatz verloren. Niemals in der Geschichte hat ein Autokrat leichtfertiger mit dem Blut seiner Untertanen gewirtschaftet als die Leute, die sich als die Vorkämpfer des Proletariats ausgeben. Wenn ein Sinn hinter den Dingen steht, so muß sich dieser schmachvolle Vertrauensbruch rächen. Die Urheber der schweren Niederlage haben zwar den Mut, ihren bisherigen Anhängern eine Erneuerung des verbrecherischen Wahnsinns in Aussicht zu stellen. Der erwähnte Aufruf schließt mit den Worten: „Steht gerüstet. Bald heißt es wieder: Sturmriemen unters Kinn, drauf und dran gegen die Feinde. Aus der verlorenen Schlacht rufen wir siegesgewiß schon heute: Dieses Gefecht wird abgebrochen, jedoch die gesamte Situation schreitet nach neuem Kampf.“

Mit einem Wort: Es lebe der Revanchekrieg im Innern! Die „Feinde“, von denen hier gesprochen wird, sind die Volksgenossen, die sich nicht ohne Gegenwehr verbrecherischen Irnsinnigen und irrsinnigen Verbrechern unterordnen wollen. Aus der Niederlage ziehen diese Unbelehrbaren keinen anderen Schluß, als daß man es fürs nächstmal besser machen müsse. Diese Denkart muß den Rechtsradikalen sehr bekannt vorkommen. Es sind im Grunde ihre Rezepte. Auch sie kennen nach innen und außen nur eine wirkende Kraft: die der Fäuste, der Gewehre, der Geschütze. Auch sie kümmern sich nicht um die realen Machtfaktoren, und sie reden von der Erlösung aus allen Uebeln durch Eisen und Feuer, Pulver und Blut. Dem entspricht die Art, wie sich die Deutsch-nationale Volkspartei jetzt bemüht, aus dem blutigen gescheiterten Bürgerkriegsversuch Nutzen für ihre Machtpolitik zunächst nach innen zu ziehen. Die von ihr empfohlene Staatskunst besteht nicht darin, das Uebel des Bürgerkriegs zu lokalisieren und durch Anwendung heilender Mittel allmählich zu beseitigen. Sie glauben nur an die „Rückführung“, nach der Niederlage im Weltkrieg, wie nach dem Sieg im Bürgerkrieg. In diesem Sinne läßt die Deutsch-nationale Volkspartei Flugblätter und Aufrufe, in denen die Stimmung, die in weiten Kreisen durch die kommunistischen Verbrechen erzeugt worden ist, zu parteipolitischen Zwecken geschürt und gegen die Regierung der Republik aufgepeitscht wird.

Man kann nicht annehmen, daß die Führer der Deutsch-nationalen Volkspartei wirklich verstehen, welche Wirkung ein etwaiger Erfolg ihrer Angriffe hätte. Die „starke Reaktion“, von der sie reden, wäre die schwächste, die in Deutschland überhaupt denkbar wäre. Sie hätte nicht mehr Machtmittel als die jetzige, sondern weniger. Kein Mensch, kein Herrkules, kann die Lasten aus der Welt schaffen, daß die Generation, die den Krieg, den Zusammenbruch und die Revolution erlebt hat, nur ganz langsam wieder ein sicheres Verhältnis zum Staat und zu seinen Organen gewinnen kann. Ganz wie früher kann es auf diesem Gebiet überhaupt nicht werden; denn der alte Obrigkeitsstaat ist unwiderbringlich dahin. Aber in langsamen Aufstieg muß ein Zustand erreicht werden, bei dem nicht erst der handende Säbel und die schießende Flinte an die Lasten erinnern, daß es Recht und Gesetz und letzten Endes auch Zwang gibt. Der Nimbus, der den waffenlosen Schutzmännern früher so gut wie unantastbar machte, kann nicht dekretiert werden. Das muß langsam herauswachsen aus dem Gesehungsprozeß der Nation, den jede extreme Politik verlangsamt oder gar unterbricht.

Daß es den Kommunisten diesmal höllisch ernst war, daß sie mit dem Verbrechen nicht nur spielen, sondern alles einsehten, was sie mit der Hilfe Moskaus aufbieten konnten, haben die letzten Tage gezeigt. Trotzdem war ihre Niederlage vollständig. Was hätte mehr geschehen können, um der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen? Der Versuch, die späte Verwendung der Reichswehr als eine Unterlassungslünde hinzustellen, ist nichts als ein Parteimanöver. Gewiß mußten an die Schutzpolizei harte Anforderungen gestellt werden. Aber dieselben Leute, die — nicht mit Unrecht — die Schwäche des 100 000-Mann-Heeres beklagen, können im Ernst nicht darüber im Zweifel sein, daß diese geringen Kräfte zusammengehalten werden müssen, besonders in Zeiten, in denen ein Grenzschutz doch wahrlich nicht als Luxus angesehen